

Für eine LINKE, die nicht verwaltet, sondern verändert.

Moin. Ich heiße Olaf Zimmer, bin 61 Jahre alt und lebe in einem selbstverwalteten Wohnprojekt in der Bremer Neustadt. Neben meiner Tätigkeit in der Bremischen Bürgerschaft arbeite ich seit über 30 Jahren als Erzieher, seit acht Jahren im sozialen Brennpunkt Kirchhuchting.

Politisch aktiv bin ich seit Beginn der 1980er Jahre – in der Friedensbewegung, in der Anti-AKW-Bewegung und in der Antifa. Gegen Krieg, Militarisierung, Nationalismus und soziale Ausgrenzung – für eine solidarische, freie Gesellschaft. Dieser Kompass begleitet mich bis heute. In der LINKEN, in der ich seit 2015 Mitglied bin, engagiere ich mich aktuell gegen Militarisierung und Wehrpflicht. Außerhalb der Partei bin ich im Vorstand des Vereins Zuflucht für Kirchenasyl aktiv.

In der Bremischen Bürgerschaft bearbeite ich schwerpunktmäßig die Themen Arbeit, Beiräte und Drogenpolitik. Gerade die Arbeit in den Beiräten und im Petitionsausschuss bringt mich nah an die konkreten Fragen und Probleme der Menschen. Darin sehe ich einen wichtigen Sinn meiner parlamentarischen Arbeit: zuhören, Probleme sichtbar machen und Menschen eine politische Stimme geben. Gerade in der Drogenpolitik erleben wir einen zunehmend repressiven Druck auf Nutzer*innen. Verdrängung in andere Stadtteile löst keine Probleme – sie verschärft sie. Was wir brauchen, ist nicht mehr Repression, sondern die konsequente Umsetzung der von uns erarbeiteten und von der Beirätekonferenz einstimmig geforderten Drogenhilfestrategie: akzeptierende Arbeit, sichere Konsumräume und eine Politik, die Menschen nicht kriminalisiert, sondern unterstützt.

Auch der entschiedene Widerstand gegen Faschismus gehört für mich selbstverständlich dazu. Er braucht aber ein klares Programm. „Alle zusammen gegen die AfD oder gegen rechts“ ist kein Programm. Wir müssen zeigen, wofür wir stehen und wofür wir streiten. Was ist unser Ziel jenseits einer Brandmauer mit Kürzern und Abschiebern?

DIE LINKE darf ihr Heil nicht allein in der Regierungsbeteiligung sehen, sie muss vor allem eine starke oppositionelle und sozialistische Kraft bleiben bzw. sein. Nicht, weil Opposition bequemer ist, sondern weil wir in Zeiten von Aufrüstung, sozialer Unsicherheit und autoritärer Formierung eine klare linke, antikapitalistische Gegenposition brauchen. Wir treten nicht an, um in einer Regierung die Zumutungen einer ausgebrannten Sozialdemokratie oder der Grünen Partei sozial abzufedern. Wir sind angetreten, um Widerstand zu organisieren, die Verhältnisse zu verändern und für eine andere Gesellschaft zu kämpfen.

Das gilt auch für die Friedenspolitik. Pazifismus beginnt vor Ort. Statt Standortlogik brauchen wir klare Kante. Bremen darf Rüstungskonzerne nicht hofieren und Militarisierung nicht als wirtschaftliche Chance verkaufen. Die Zukunft Bremens darf nicht davon abhängen, dass Krieg und Aufrüstung Arbeitsplätze sichern. Wir brauchen Rüstungskonversion hin zu sozial und ökologisch sinnvoller Arbeit, Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die dem Profit entzogen ist. Eine Wirtschaftspolitik, die Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Klimaschutz fördert, statt auf kurzfristiges Wachstum bei Rheinmetall, OHB und Co. zu setzen.

Wir müssen die erste Adresse für alle sein, die berechtigte Wut über die bestehenden Verhältnisse haben. DIE LINKE muss diese Wut in politische Forderungen übersetzen – auf der Straße, im Betrieb, an der Uni und im Parlament, gemeinsam mit allen, die sich vorstellen können, für eine befreite Gesellschaft zu kämpfen. Statt wie die anderen nach unten zu treten, zeigen wir auf die Ausbeuter, auf die besitzende Klasse, die uns drückt und spaltet. Das heißt auch klare Solidarität mit der Roten Hilfe – gegen Kriminalisierung von linker Politik und praktischer Solidarität.

Dafür will ich weiter in der Bremischen Bürgerschaft streiten.

